

Refugees are rising up!

Erstarkende Kämpfe - Grenzen überwinden

Am 19. März 2012 treten acht iranische Flüchtlinge in einem Lager bei Würzburg in den Hungerstreik. Sie kämpfen für ihr Recht auf Asyl und für die Verbesserung der Lebensbedingungen in den deutschen Isolationslagern. Anlass ist der Selbstmord eines Zimmergenossen, der die Zustände nicht mehr ausgehalten hat. Versprechen von Verbesserungen werden von den zuständigen Behörden nicht eingehalten. Es folgen weitere Hunger- und Durststreiks und das Zuzählen ihrer Lippen, inzwischen in einem Protestcamp mitten in Würzburg: „Unsere Frage an die deutsche Regierung ist folgende: Müssen Flüchtlinge erst in den Hungerstreik treten und ihre Lippen zuzählen, um eine Bearbeitung ihrer Asylanträge zu bewirken?“

Das Protestcamp in Würzburg ist der gefühlte Anfang des vehementen selbstorganisierten Widerstands von Geflüchteten in Deutschland. Mehr und mehr Flüchtlinge finden sich seit dem nicht mehr mit ihrer Situation ab und verlassen die trostlosen Lager, indem sie die Residenzpflicht bewusst verletzen – ein Akt des Widerstands, zu dem bis dahin vor allem Flüchtlingsselbstorganisationen wie The Voice seit Jahren aufriefen. Öffentliche Camps entstanden und existieren aktuell, auf den Plätzen vieler Städte zwischen Hamburg und München in der gesamten Republik. Und auch in vielen anderen EU-Ländern finden (hierzulande meist unerwöhnt) Protestcamps, Aktionen und Hungerstreiks statt.

Die Camps sind stets heftigen Repressionen ausgesetzt. Nach den Erfahrungen der Stadtverwaltungen mit den Camps der Occupy-Bewegung sind Zelte und Übernachten verboten und nur mehr „Mahnwachen“ erlaubt. Das Einhalten dieser Verbote überwacht die örtliche Polizei und setzt jegliches Schlafen und Rückzug vor Wind und Wetter mit schikanösen Kontrollen durch.

Zu einem bundesweiten Marsch nach Berlin werden 2012 weitere Flüchtlinge ermutigt, aufzubegehren und sich dem wachsenden Widerstand anzuschließen: „Die streikenden Flüchtlinge in ganz Deutschland haben beschlossen, am 8. September eine neue Aktion zu starten: Ab diesem Tag werden Asylsuchende auf zwei verschiedenen Routen nach Berlin marschieren, um dort der deutschen Regierung zu zeigen, dass auf jede Anwendung des unmenschlichen Abschiebegesetzes eine Reaktion der Bewegung folgen wird. Die Flüchtlinge werden lauter schreien denn je, sie werden ihren Kampf weiterführen, bis die Lager mit ihren katastrophalen Bedingungen geschlossen werden.“

In Sommer 2014 marschieren Refugees und Sans Papiers aus dem gesamten Spektrum migrantischer Kämpfe und in transnationaler Zusammensetzung über mehrere Wochen zusammen von Straßburg in das über 400 km entfernte Brüssel. Der „March for Freedom“ fordert globale Bewegungsfreiheit und Papiere für Alle ein und protestiert gegen Entrechtung und Ausbeutung. Und parallel zu den aktuellen Hungerstreiks in Hannover und Berlin gibt es Aufstände in griechischen und britischen Abschiebegefängnissen, Kundgebungen gegen Abschiebehaft in Ungarn und Italien, Hungerstreiks in der Türkei; in Calais spitzt sich mit Räumungen die Situation der Migrant*innen zu, während es gleichzeitig gelingt, dort ein neues Haus zu besetzen.

Die aussichtslose und verzweifelte Lage vieler Flüchtlinge bestimmt den hohen Grad an Entschlossenheit der überall aufflammenden Proteste, denn das Maß

der Entrechtung ist mehr als voll und die Situation hat sich nicht nur in den Herkunftsländern und der Festung Europa, sondern auch bundesweit in den letzten Jahren insgesamt noch weiter verschärft. Und immer noch gelten restriktive Asylgesetze, die Eingrenzung der Bewegungsfreiheit, Arbeitsverbot, fehlende Möglichkeiten selbstbestimmt zu wohnen, unzureichende medizinische Versorgung und Isolation, Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit. Ausreichende erträgliche Unterkünfte für die steigenden Flüchtlingszahlen fehlen bundesweit und die Lager sind längst überfüllt, so setzt auch der Alltag mit unbekanntem Personen auf engstem Raum vielen der oft traumatisierten Menschen dort zu. Eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen wird von den Kommunen aufgrund ihrer jahrelang verfehlten Wohnraumpolitik unisono als unmöglich abgelehnt.

Mit dem öffentlichen Protest gegen rassistische Ausländerbehörden, Residenzpflicht und drohende Abschiebungen fordern Flüchtlinge die bundesdeutsche Flüchtlingspolitik seitdem offensiv heraus. Die verschiedenen Proteste sind nicht nur durch ihre Gleichzeitigkeit sichtbar geworden. Auch kommen besonders viele der derzeitigen entschlossenen Refugees bereits politisiert hierher, wie etwa solche der Grünen Revolution im Iran 2009. Die starke Entschiedenheit resultiert aber vor allem in der raschen Desillusionierung, von Regierung und Behörden auch nur kleinste Zugeständnisse zu erhalten. Schon nach einigen Wochen in deutschen Lagern müssen Flüchtlinge erkennen, dass der Forderung nach irgendwelchen wirklichen Rechten von Staatsseite aus niemals nachgekommen wird und sie gegen den Widerstand der Behörden selbst für ihre Rechte kämpfen müssen. Viele der Ankommenden sind heute gut vernetzt und teilen sich alle notwendigen Infos über Möglichkeiten der Flucht bis hin zur Einreise nach Europa und über das notwendige widerständige Verhalten via social media und Smartphones. Und immer wieder bleiben Flüchtlinge auch mit einem endlich gesicherten Aufenthalt dabei und geben ihr Wissen und ihre Power weiter an die neu Ankommenden und an die sich auf den Weg machenden.

WE ARE HERE TO STAY!

Die mittlerweile seit mehr als zwei Jahre laufenden Bleiberechtskämpfe in Hamburg und Berlin bieten der herrschenden Flüchtlingspolitik durch die hohe Anzahl an Betroffenen und ihre breite und anhaltende Unterstützung derzeit am offensten die Stirn. Viele der zunächst rund 300 Personen zählenden Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ kamen über Libyen und Lampedusa nach Italien und dann nach Hamburg, wo sie zunächst in einer Kirche in St. Pauli unterkamen, inzwischen aber auf verschiedene Orte aufgeteilt leben müssen, viele werden in privaten Haushalten aufgenommen. Die Unterstützung der Hamburger Bevölkerung ist nach wie vor groß, es gibt immer wieder Demonstrationen mit der Forderung nach einem Bleiberecht für alle und unzählige Aktionen. Doch die LampedusaRefugees müssen feststellen: „der Hamburger Senat ignoriert die vielen Stimmen, die einen Wechsel der diskriminierenden und sehr gefährlichen Politik der Regierung fordern. Wieder und wieder werden unsere Leute kontrolliert, festgenommen und mit der Abschiebung nach Italien bedroht“. Die von der Stadt vorangetriebene Spaltung der Gruppe geht zum Glück nur teilweise auf.

Auch in Berlin gehen die Auseinandersetzungen der Flüchtlinge weiter, die nach einem Hungerstreik am Brandenburger Tor, dem Camp auf dem Oranienplatz und der Teilräumung der Gerhard-Hauptmann-Schule noch immer ohne Bleiberecht abgespeist werden. Auch sie fordern den Aufenthalt nach § 23 aus humanitären Gründen. Und ebenso wird hier von der Berliner

Regierung die Gewährung eines Bleiberechts niemals ernsthaft in Erwägung gezogen, die Flüchtlinge werden verarscht. Die erste versuchte Räumung der Gerhard-Hauptmann-Schule war die „größte Neben den vehementen Kämpfen in Hamburg und Berlin ist in vielen Städten der Kampf gegen DublinIII aktuell der heftigste. Es werden immer wieder Dublin3 Abschiebungen blockiert oder abgebrochen, denn viele Flüchtlinge wehren sich im Flugzeug aktiv, laut werden und verweigern das Hinsetzen. Und in mehr und mehr Städten laufen Kirchenasyle, um dort die sechsmonatige Überstellungsfrist nach Italien oder Ungarn zu überstehen. Wird sie überschritten, muss das Asylverfahren in Deutschland durchgeführt werden. Bundesweit sind im Herbst 500 Kirchenasyle bekannt, die vom Bundesamt für Migration als „Infragestellung der DublinVerordnung“ bewertet werden.

Mit der sogenannten DublinII/IIIVerordnung schieben Deutschland und andere Schengen-Länder die Flüchtlinge in die europäischen Transitstaaten zurück, in das jeweils erste europäische Land beim Eintritt in die BRD. Während die Rückschiebung nach Griechenland aufgrund fehlender Mindestversorgung der Flüchtlinge bis auf weiteres untersagt ist, ist Italien noch im Rennen – obwohl die Zustände dort bekanntermaßen ähnlich dramatisch sind. Doch kann sich die EU-Flüchtlingspolitik nicht noch ein weiteres Land auf der Sperrliste leisten, denn das wäre das Aus für das geltende DublinSystem ...

Arbeiten wir mit an seinem Zusammenbruch!

KOLLEKTIVER WIDERSTAND AN DEN AUSSENGRENZEN

Durch die Umbrüche des Arabischen Frühlings sind mehr und mehr Menschen auf der Flucht, auch hierher nach Europa. Das Jahr 2014 schlägt alle Rekorde: Seit Jahresbeginn 2014 haben bereits jetzt mehr als 100.000 Flüchtlinge allein die Küste von Italien erreicht. Und der kollektive Kampf gegen das DublinSystem beginnt bereits bei der Ankunft an den Außengrenzen: „No Fingerprints“ mit dem Slogan verweigern auf Lampedusa Flüchtlinge kollektiv die Abgabe ihrer Fingerabdrücke. Ihnen ist bewusst, dass sie mit ihren Fingerprints an Italien als Land der Asylantragstellung gefesselt sind, und damit an Obdachlosigkeit und Perspektivlosigkeit. Sie hatten zuvor das Lager gemeinsam verlassen und sich viele Tage dem Druck der Behörden verweigert, ihre Fingerabdrücke abzugeben. Auch kommt es auf Lampedusa häufiger zu Revolten, bei denen Abschiebegefangene Gebäudeteile des Knasts in Brand setzen.

„Heute ist der Tag! Yalla!“ Kollektives und manchmal jahrelanges War Aufstandsbekämpfungsaktion in der Geschichte Berlins gegen refugeeAktivist*innen und ihre Unterstützer*innen.“ Doch „während des über neun Tage andauernden Belagerungszustandes bildeten sich Gruppen und Bündnisse, die in unterschiedlichster Form Widerstandsaktionen an den Blockadepunkten und an anderen Orten in Kreuzberg organisierten und sich in den direkten Support von Geflüchteten einklinkten: Anwohner*innen, Schüler*innen, Linksradikale, Künstler*innen, AntiraAktivist*innen und viele mehr.“

Die über 500 Refugees leben seit der Räumung der Schule und des Oranienplatzes weiterhin unter extrem provisorischen und unsicheren Existenzbedingungen, ohne gesicherte Bleibe, ohne Möglichkeiten zur Finanzierung ihres Lebensunterhaltes und teilweise zurückgeschoben in die ihnen einst zugewiesenen Flüchtlingslager: Mehr und mehr von ihnen erhalten Ablehnungsbescheide und müssen aus ihren Unterkünften raus zurück in die Lager, in denen sie registriert sind. Sämtliche Forderungen nach einem garantierten Bleiberecht oder auch nur nach dem versprochenen Transfer ihrer

Anhörungsverfahren werden abgelehnt.

Die Wut über die verlogene Politik gegenüber den Refugees ist groß, so heißt es etwa unter dem Motto "Feuer und Flamme für Berlin! Heute Nacht wurde ein Teil des Berliner S-Bahnbetriebs lahm gelegt während ein paar Meter entfernt vom SBhf Treptower Park einige Menschen auf dem Dach eines Hostels für nichts als ihr Recht zu bleiben – um zu leben – kämpfen."

Und trotz Räumung sind die Protestcamps und Besetzungen wie die Berliner Gerhard-Hauptmann-Schule und Versuche wie das Hamburger RefugeeCenter oder das Centro Sociale/WelcomeCenter in Wuppertal sichtbare und spürbare Interventionen und vereinen faktisch verschiedene soziale Kämpfe miteinander.

BLEIBERECHT FÜR ALLE, JETZT SOFORT!

Der Kampf der Flüchtlinge um §23 und gegen Dublin III findet in der politischen Forderung „Bleiberecht für alle“ seinen kollektiven Ausdruck:

7ten auf den günstigen Augenblick ist in Marokko die Voraussetzung, zusammen als großer Pulk die meterhohen Grenzzäune der spanischen Enklaven Ceuta und Melilla zu überwinden und nach Europa zu gelangen, denn allein hat man keine Chance. Dies ist in den vergangenen Monaten vielen, vielen Hunderten gelungen, auch wenn stets welche verletzt oder tot zurückbleiben. Die Antwort der EU auf den Massenansturm ist die erneute Verschärfung der Grenzanlage – aber keine Erhöhung des Zaunes hält die Menschen ab.

Lampedusa ist mit dem dort geschehenen Bootsunglück im Oktober 2013 der Inbegriff für das von der EU gewollte Sterben im Mittelmeer. Mit der Sicherung der Außengrenzen durch Frontex verhindert die EU die Flucht von Menschen nach Europa, die sie maßgeblich durch eigene Kriegsbeteiligung und wirtschaftliche Zerstörung der Herkunftsländer verursacht.

Eine notwendige Antwort auf die verstärkte Kriegsbeteiligung von EUStaaten weltweit bei gleichzeitiger Aufrüstung der Abschottung Europas wären gemeinsame Angriffe aus den antirassistischen und antimilitaristischen Spektren, die leider bislang im wesentlichen getrennt voneinander agieren. Und wer etwa mit deutschen Waffenlieferungen an SaudiArabien und Katar für den unmittelbaren Aufbau von ISIS und Islamischem Staat sorgt und zugleich Flüchtende aus Kriegsgebieten über EU-weite Operationen kriminalisiert, abschieben und sterben lässt, sollte die Quittung dafür bekommen. Massive Aktionen zur Verhinderung von Waffenexporten wären ein naheliegender praktischer Beitrag einer europäischen Linksradiakalen, weit praktischer als das Einfordern bzw. das Sinnieren über die Legitimität staatlicher Militärhilfe anprogressive kurdische Gebiete.

HOW IS YOUR LIBERATION BOUND UP WITH MINE?

Das Bewusstsein eines gemeinsamen Kampfes von Flüchtlingen und deutschen Linksradiakalen über die notwendige Existenzsicherung hinaus wird selten spürbar. Immer wieder zeichnet sich zwar, wie etwa bei der Verbündung von „Lampedusa in Hamburg“ mit der Roten Flora, ein gemeinsamer Gegner ab, und auch der Kampf um Bleiberecht, der Widerstand gegen Abschiebungen, Lager und Residenzpflicht sind ein Schritt hin zur Überwindung der herrschenden Verhältnisse, da letztlich die geltende Realität in Frage gestellt wird. Doch über die vor einigen Jahren noch intensiver diskutierte Frage nach der Bedingtheit und Verbundenheit unserer Kämpfe für ein befreites, ganz anderes Leben, gibt es momentan keinen wahrnehmbaren, weiterführenden Austausch mehr.

Der Wunsch nach einem anderen Leben heißt für viele Refugees zunächst

einmal ein „normales“ Leben zu führen, einen gesicherten ruhigen Alltag mit Arbeit und Familie, denn der bloße Kampf um überleben und Existenz ist anstrengend genug.

Das Auseinanderklaffen verschiedener Lebensrealitäten und Lebensweisen lässt sich oft schwer überbrücken und ein gemeinsam gelebtes Leben und eine gemeinsame Perspektive bleibt vielfach eine Ausnahme. Erst ein langfristiges gemeinsames Vorgehen schafft persönliche Verbindungen und das Vertrauen, gemeinsam weiterzudenken. Was aber in Berlin selbstkritisch bezüglich langfristiger Unterstützung festgestellt wird, gilt vielerorts: „im Laufe der zwei Jahre zeigte sich, dass viele der linksradikalen Unterstützer*innen nicht so einen langen Atem hatten wie die Geflüchteten selbst.“

So ist es nicht verwunderlich, dass sich gemeinsame Kämpfe auf Augenhöhe vor allem in den langjährigen Verbindungen finden, wie sie teils etwa aus den antirassistischen Grenzcamp und NoLager-Zusammenhängen entstanden sind.
WAS WÄRE, WENN ...

... wir auch hier gemeinsam Häuser besetzen, so wie etwa in Italien oder Spanien oder gar wie im „vertikalen Haus“ in Caracas/ Venezuela? Das nicht fertig gestellte Hochhaus wurde weltweit zum Symbol für eine langfristige stille Besetzung von unterschiedlichen Menschen in prekären Verhältnissen ein Projekt, das wohl mehrheitlich deutlich über unsere gelebten Erfahrungen hinausgeht. Das aktuelle Aufeinanderzugehen von Recht auf StadtInitiativen und Bleiberechtskämpfen markiert auf diesem Feld einen entscheidenden Schritt vorwärts.

UND WAS WÄRE, WENN ...

... wir vermehrt aktive Fluchthilfe betreiben und etwa Flüchtlingen bei der Wiedereinreise helfen? Im Juni 2014 überquerten zweihundert Flüchtlinge und

zahlreiche italienische Aktivist*innen unter dem Motto „NoBorder Train“ im Juni 2014 als Widerstandsaktion gegen das DublinSystem mit dem Zug die Schweizer Grenze von Mailand in das nahegelegene Chiasso, ohne von der Polizei aufgehalten zu werden. Dort setzt man mit der Besetzung des Bahnhofs Chiasso und einer Demonstration durch, dass die Flüchtlinge direkt Asylanträge in der Schweiz stellen können. Und woanders wurden, getarnt als Hochzeitsgesellschaft, mehrere syrische Flüchtlinge von Mailand nach Stockholm quer durch Europa geschleust, um in Schweden Asyl zu beantragen. Doch braucht Fluchthilfe gar nicht derart spektakulär zu sein. Denn die kurzen Entfernungen in SchengenLand hat bei Rückschiebungen auch Vorteile: Der Weg etwa aus Italien zurück nach Deutschland ist gar nicht weit und viele Flüchtlinge machen sich nach ihrer Rückschiebung individuell wieder auf den Weg zurück. Und die BRD kommt bereits jetzt mit den Rückschiebungen nach Italien nicht mehr hinterher.

WAS WÄRE ALSO, WENN

... im Falle erfolgter Abschiebungen etwa nach Italien Refugees bei ihrer Rückkehr nach Deutschland oder wohin auch immer praktisch unterstützt werden?

... wenn, sobald eine Abschiebung ansteht, massenhaft der Zugang zu Lagern blockiert würde, um den Abtransport der betroffenen Person zu verhindern, wie es derzeit in Osnabrück mit breiter Unterstützung immer und immer wieder gelingt?

... wenn sich noch mehr von Abschiebung Betroffene selbst organisieren und darauf vorbereiten, die eigene Abschiebungen direkt im Flugzeug zu verhindern?

... und wenn mithilfe von vielen weiteren Kirchenasylen weitere Schutzräume eröffnet werden, um überhaupt einen ersten Spielraum für den daran anschließenden Kampf zu schaffen?

... und wenn mehr gesellschaftliche Akteure verstärkt von uns in die Verantwortung genommen werden, um die Durchsetzung von Bleiberecht hier praktisch werden zu lassen – die Bereitstellung von Wohnraum etwa in Gewerkschaftshäusern und allem damit verbundenen Support?

Was wäre, wenn ...

... mehr Schreibtischtäter*innen zur Verantwortung gezogen würden?

Während des NoBorderCamps 2008 wurde in Hamburg ein Büro der Ausländerbehörde verwüstet und Computer und Telefone zerstört, Glasscheiben zerschlagen und rote Farbe versprüht, sowie das Wohnhaus des Leiters der Hamburger Ausländerbehörde und das seines Referenten für die zentrale Erstaufnahme von Flüchtlingen mit Farbgeschossen und Steinen beworfen.

UND WENN ...

... mehr Profiteure der hiesigen Flüchtlingspolitik angegangen werden, die etwa an der Versorgung und dem Unterhalt von Lagern verdienen? Jüngst ist die Firma „European Homecare“ mit ihren Subunternehmen für rassistische und körperliche Übergriffe in ihren „Unterkünften“ in die Schlagzeilen geraten – das tagtägliche Geschäft mit Flüchtlingen in schlechter Unterbringung und unwürdiger Behandlung sollte dabei nicht in Vergessenheit geraten.

UND WAS WÄRE, WENN...

... wir beginnen, gemeinsam für ein ganz anderes Leben zu kämpfen? – Und viele der hier Ankommenden haben darin schon mehr Erfahrung gesammelt als wir.

Was ist, ist – was nicht ist, ist möglich.